



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No 6.
9. Jahrgang

17. März 1941

Die spanische Rechnung

(ITF) Zwei Jahre nachdem Barcelona und Madrid vor der Uebermacht der aufständischen Generäle die Waffen streckten, präsentiert Mussolini in Madrid die Rechnung: Italien habe den spanischen Faschisten Kriegsmaterial im Werte von 7 1/2 Milliarden Lire geliefert, 1930 Kanonen mit 7 1/2 Millionen Schuss Artilleriemunition, 2449 Maschinengewehre und 219.309 Gewehre mit 319 Millionen Schuss Munition zum Niederschiessen spanischer Arbeiter und Bauern, 773 Flugzeuge, 16.720 to Bomben; 12.000 to Bomben hätten italienische Flieger in 135.275 Flugstunden selbst über spanischen Städten und Dörfern abgeworfen. 500.000 Uniformen, 7678 Kriegsfahrzeuge, Stacheldraht. 91 Schiffe der italienischen Flotte und Unterseeboote hätten für die spanischen Faschisten gekämpft. 7 1/2 Milliarden hätte die spanische Diktatur Italien für das gelieferte Kriegsmaterial zu zahlen - dabei sind die gelieferten Menschen nicht extra berechnet worden, sie wurden als Zugabe gratis geliefert.

Bei den Handelsvertragsverhandlungen im vergangenen Jahr habe die italienische Diktatur die spanische Rechnung grosszügig auf 5 1/2 Milliarden Lire reduziert, die in 24 jährlichen Tributzahlungen bis 1963 zu bezahlen seien - aus den Steuergroschen der hungernden spanischen Arbeiter und Bauern.

Zum 2. Male. Denn die spanische Rechnung ist schon ein Mal bezahlt worden, von spanischem Volk, von Frankreich, England, von Holland und Belgien, von Norwegen und Dänemark, von den Polen und Tschechen und von Italien.

Das spanische Volk hat den Verlust seiner Freiheit mit Terror und Hunger gebüsst, seit 2 Jahren sind die spanischen Gefängnisse überfüllt, seit 2 Jahren lässt die Phalange Monat für Monat Freiheitskämpfer erschiessen, seit Monaten fehlt es in spanischen Städten selbst an dem Stückchen trocken Brot.

Frankreich, dessen Regierung der Hilfe Italiens und Deutschlands für die aufständischen spanischen Faschisten in scheinheiliger "Nicht-Intervention" zusah, liegt am Boden. England, dessen Regierung 2 Jahre lang durch "Nicht-Intervention" Mussolini und Hitler half, dem Faschismus auf der Pyrenäenhalbinsel den Sieg zu ermöglichen, erlebt, wie seine Städte von der Luftflotte des gleichen Nazi-Generals Sperrle bombardiert werden, der in Guernica zeigte, wie man eine Stadt "coventriert".

Die kleinen Neutralen Europas, die unter dem Druck der Grossmächte und aus Furcht vor Deutschland die Hilfsaktion der Arbeiterorganisationen für die spanischen Freiheitskämpfer behinderten, wurden überannt. Und Italien hat, wie Mussolini jetzt zugab, sein Eingreifen in Spanien mit der Niederlage in Afrika bezahlen müssen.

Spaniens Republik kämpfte ihren Freiheitskampf zugleich für den Frieden Europas, warnten die freien Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Ihre Warnung verhallte ungehört.

Heute müssen die Völker Europas dafür büssen, dass die Beherrscher Frankreichs und Englands die Freiheit in Spanien in Blut ersticken liessen und damit der Kriegsachse den Weg für ihren Krieg freisgaben.

(Für die Red.: Rede Mussolinis vom 23.II.41; Rechnung: Radio Rom, 28.II.41.)

12-Stundenschicht in Italien -
für Hitler

(ITF) Immer mehr italienische Arbeiter sendet die faschistische Diktatur nach Deutschland; denn Hitler hat verlangt, dass seine Flieger und seine Tanks mit Arbeitssklaven bezahlt werden. "Deutschland wünscht 50.000 italienische Metallarbeiter in der deutschen Kriegsindustrie zu beschäftigen", berichtet "Popolo d'Italia". Aber da nicht mehr genügend erwerbslose Facharbeiter vorhanden sind, "hat Italien die Schichten in den Betrieben von 8 auf 12 Stunden täglich verlängert", um einen Teil der Metallarbeiter nach Deutschland deportieren zu können...
(Für die Red.: "Popolo d'Italia", 3.III.41.)

Holländische Strassenbahner

warnen Passagiere, wenn ein Gestapobeamter in den Wagen kommt. Alle deutschen Gestapobeamten haben Freifahrtscheine, sodass die Schaffner sofort wissen, mit wem sie es zu tun haben. Viele Schaffner komplimentieren diese Beamten so auffällig an einen Sitzplatz, dass die Passagiere Bescheid wissen und den Mund halten. Andere Schaffner rufen warnend auch auf geraden Strecken "Achtung, Kurve!"

Strassenbahner, die nach Verdunkelung vom Strassenbahndepot heimgehen, ziehen Zivilkleider an. Denn in der Dunkelheit sind schon öfter Strassenbahner in Uniform für W(ehr) A(bteilungs)männer der holländischen Nazi-Partei gehalten und verprügelt oder in einem Kanal "zu Wasser gelassen" worden. - (ITF)

Französische Behörden gegen die Gewerkschaften

(ITF) Die Berufsverbände und die Orts- und Provinzkartelle der französischen Gewerkschaften dürfen bis auf weiteres unter Aufsicht der Unternehmerorganisationen weiterarbeiten. Die Pétain-Regierung hat die Präfekten bereits vor einiger Zeit darauf aufmerksam gemacht, dass sie die noch geduldeten Gewerkschaftsorganisationen in Frieden arbeiten lassen sollen. Viele der von der Vichy-Diktatur neu eingesetzten Beamten aber wollen die Gewerkschaften abwürgen. Sie unterstützen die Unternehmerorganisationen so ausgesprochen, dass bei den Arbeitern der Eindruck entsteht, dass Unternehmer und Staat ihnen alle 1936 in Massenstreiks erzwungenen sozialen Errungenschaften nehmen wollen und dass die Streikführer von damals heute gemassregelt werden sollen. Pétain hat versucht, die über dieses Vorgehen der Behörden erregten Arbeiter zu beschwichtigen. Er hat den Präfekten mitteilen lassen, dass er wünscht, dass alle Massnahmen vermieden werden, die bei den Arbeitern den Eindruck erwecken, dass jetzt Rache für die Streiks von 1936 genommen wird. Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sollten gleichmässig behandelt werden.

Da die Regierung aber die Gewerkschaften nach wie vor unter Kontrolle der Unternehmerorganisationen lässt, wird auch diese neue Mahnung auf die Präfekten keinen besonderen Eindruck machen.

(Für die Red.: Radio Lyon, 4.III.41.; "Faschismus", 6.I.41.)

Norwegische Bauarbeiter
gegen Jens Tangen

(ITF) Auf Umwegen erreicht uns die Mitteilung, dass der norwegische Bauarbeiterverband sich zwei Mal scharf gegen seinen früheren Obmann gewandt hat, der sich von den Nazibehörden zum Leiter der norwegischen Gewerkschaftszentrale ernennen liess. Tangen war seit 1935 Obmann des norwegischen Bauarbeiterverbandes. Auf ihrem letzten Kongress wählte ihn die Bau- und Holzarbeiter-Internationale in ihren Vorstand. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen zeigte sich Tangens schwankender Charakter. Die meisten leitenden Gewerkschafter waren mit der norwegischen Regierung ins Kampfgebiet im Norden gegangen. In Oslo hatten sich inzwischen eine "Gewerkschaftsopposition" gebildet, ein Zirkel in dem sich Kommunisten, Trotzlisten und Einzelgänger, und unter ihnen Tangen, fanden. Tangen übernahm den Vorsitz dieses Zirkels. Die Gruppe führte Verhandlungen nach allen Seiten, auch mit den Quisling-Nazis. Der norwegische Bauarbeiterverband wandte sich (am 24.IX.) energisch gegen dieses Treiben und zwang Tangen zum Rücktritt. Zwei Tage später teilte Tangen seinem Verband triumphierend mit, dass er von den Nazis zum Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Landeszentrale ausersehen worden sei. Das Sekretariat der Landeszentrale wurde kurz darauf zu Hitler Kommissar Terboven geladen. Terboven forderte, dass die Gewerkschaften nach dem Grundsatz der Quisling-Nazis zu leiten seien, und dass von den 15 Mitgliedern des Sekretariats neun, unter ihnen die beiden auf dem Gewerkschaftskongress gewählten Vorsitzenden Nordahl und Evensen, ausscheiden müssten; nur 6, darunter Tangen, wurden von ihm als "zuverlässig" geduldet.

Als kurze Zeit darauf der von den Nazis eingesetzte neue Vorstand der Landeszentrale von den Vorstandsmitgliedern und den leitenden Angestellten der Gewerkschaftsverbände Loyalitätserklärungen für das neue Regime verlangte, beschloss der Vorstand der Bauarbeitergewerkschaft, die Unterschrift zu verweigern. Tangen setzte daraufhin die den Gewerkschaftsprinzipien treuen Sekretäre seines Verbandes ab.

Arbeiterstimmen am Rundfunk (ITF) Das Niederhalten des grössten Teils des europäischen Kontinents zwingt Hitler zur ständigen Verstärkung der Besatzungsarmee. Die Vorbereitung eines neuen Grossangriffs gegen das britische Reich zwingt ihn zum weiteren Ausbau der Kriegsbetriebe. Die Nazi-Diktatur versucht deshalb, weiter möglichst viele deutsche Arbeiter in Industrie, Landwirtschaft und Transport durch Frauen und durch ausländische Arbeiter zu ersetzen. Sie verlangt, dass in den Betrieben der besiegten Staaten Munition für Deutschland fabriziert wird. Während, wie uns aus Berlin berichtet wird, die Frauen und Freundinnen der Nazi-Würdenträger in ihren Villen und in Cafés ungestört ihre Kaffeekränzchen fortsetzen können, werden Arbeiterfrauen in Munitionsbetriebe transportiert. In den besetzten Gebieten soll das Pressen von Arbeitern durch eine entsprechende Radiopropaganda erleichtert werden. In Belgien, Holland und Frankreich werden Arbeiter vors Mikrophon geladen und man erwartet von ihnen dann einen Lobgesang über die Arbeitsbedingungen in Deutschland. Aber manche Arbeiter und manche Sprecher haben den Mut, auch am nazi-kontrollierten Mikrophon die Wahrheit zu sagen. Am Brüsseler Rundfunk wurde ein Brief eines belgischen Bergarbeiters verlesen, der heute in Deutschland arbeitet. Der Arbeiter klagte darüber, dass 20 Arbeiter in einem Zimmer untergebracht sind. Sie müssen auf Feldbetten schlafen. Die Räume seien schlecht geheizt. Trotzdem keiner der belgischen oder polnischen Arbeiter, die in den Baracken zusammengepfercht leben, ein Wort Deutsch verstände, seien alle Anweisungen Deutsch gedruckt. Bergarbeitern, die die vorgeschriebene Leistung nicht erreichen, werde der Lohn gekürzt. "Anfangs konnte man so viel Brot erhalten wie man wollte, doch jetzt ist Brot rationiert worden".

Holländische Arbeiterinnen werden in Deutschland kaserniert. Ein holländischer Arbeitsbeamter teilte im holländischen Rundfunk mit: die meisten deutschen Betriebe, die holländische Mädchen beschäftigen, haben Werkwohnheime, das sind grosse Baracken, die in verschiedene Zimmer geteilt sind, in denen meist 6 bis 8 Mädchen wohnen. / amts

11Studenten für Hitler - Radio Paris übertrug ein Gespräch mit einigen der 30.000 französischen Arbeiter, die jetzt in Deutschland arbeiten. Ein Arbeiter wurde gefragt, wie lange er zu arbeiten hätte. "Oh, 6, 7, 8, 9, 10, 11 Stunden. Ja, manchmal elf Stunden". Der Interviewer unterbrach ihn sofort. "Freiwillig?" Der Arbeiter bejahte nach einigem Zögern.

Ein anderer Arbeiter wurde gefragt, wie das Essen sei. "Es geht", sagte er und lobte dann rasch die Arbeitsdisziplin. Drei andere Arbeiter aus denen der Rundfunksprecher weder Lob der Verpflegung noch Begeisterung über die Schönheit Berlins herausholen konnte, wurde rasch zum Schweigen gebracht.

Einen Tag vorher polemisierte Radio Paris mit einem Arbeiter aus Billancourt, der ihm geschrieben hatte, er wolle in Frieden leben und arbeiten und nicht Granaten und Munition herstellen. - Da der Waffenstillstandsvertrag Frankreich Munitionsfabrikation verbietet, bestätigt die unter deutscher Kontrolle stehende Station mit dieser Mitteilung, dass französische Arbeiter, trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Nazis, gezwungen werden, Munition für die deutschen Truppen herzustellen.

(Für die Red.: Radio Brüssel, 21.II.41; Radio Hilversum, 3.III.; Radio Paris, 9. und 10.III.41.)

Rächende Krankheit (ITF) Der Kampf der polnischen Gesundheitsbehörden gegen die gefährliche ägyptische Augenkrankheit (Trachoma) ist 1939 durch den Einfall der deutschen Truppen unterbrochen worden. Massenflucht, Massendeportationen und Wohnungslosigkeit haben die Krankheit um sich greifen lassen. Heute leiden allein im polnischen "Generalgouvernement" nach deutscher Schätzung 200.000 Menschen an dieser gefährlichen Krankheit, berichten die "Münchener Neuesten Nachrichten". Im Reich war der Trachom bis zum Polenfeldzug eine fast unbekannte Krankheit. Aber inzwischen ist die Krankheit auch nach Deutschland übertragungen. Deutsche Soldaten und Beamte haben sich in Polen angesteckt, nach Deutschland verschleppte polnische Arbeiter haben die Krankheit ins Reich gebracht. "Nunmehr ist auch im Reich mit etwa 100.000 Trachomkranken zu rechnen".

(Für die Red.: "Münchener Neueste Nachrichten", 21.I.41.)

Bummeln
stört Hitlers Kriegsmaschine

(ITF) Die Zahl der deutschen Arbeiter, die sich gegen den Zwang der Nazi-Kriegsmaschine wehren, hat so zugenommen, dass sich Industrielle und Reichsregierung jetzt öffentlich gegen die Bummelanten wenden. Sie glauben nicht mehr daran, dass die Propaganda die Arbeiter für den Hitler-Krieg begeistern kann, sie versuchen einzuschüchtern - und müssen gleichzeitig zugeben, dass viele Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen. Die "Huetten-Zeitung", die der Ruhrkonzern "Bochumer Verein" als Werkzeitung an die Arbeiter verteilt, wendet sich unter der Ueberschrift "Bummelanten - eine ernste Sache" gegen die Arbeiter, die "die durch die Kriegswirtschaft häufig bedingte längere Arbeitszeit, das erhöhte Arbeitstempo und die... unvermeidbaren Erschwerungen des täglichen Lebens" nicht geduldig hinnehmen und einfach zu Hause bleiben, um auszuschlafen. "Zu den grössten Pflichtwidrigkeiten gehört das unentschuldigte und unbegründete Fernbleiben von der Arbeit", schreibt das Blatt und es rechnet aus, "wie hoch der gesamte Ausfall ist, wenn auch nur 1 Prozent der Gefolgschaft in jedem Monat auch nur einen Arbeitstag versäumen würde". Ein regelrechtes Strafgesetzbuch hat der Nazi-Betrieb ausgearbeitet: die Werksleitung bestraft auf Grund des Arbeitsordnungsgesetzes jedes unentschuldigte Fehlen mit einem Lohnabzug von 2 Mark bis zu einem vollen Tageslohn, sodass der Arbeiter nicht nur den Lohnausfall der Bummelschicht sondern gleich 2 Tagelöhne verliert. Der Ertrag der Busse geht an die Nazi-Volkswohlfahrt. Ausserdem behält sich die Werksleitung noch vor, den Urlaub um die Bummelschichten zu kürzen, das ersparte Urlaubsgeld erhält dann das Rote Kreuz. Hilft auch das nicht, dass wird der Bummelant ernst verwarnt, dann dem Bezirksbeamten des Arbeitsministers, dem Reichstreuhänder der Arbeit, gemeldet und schliesslich vor Gericht geschleppt. Es gibt aber auch Arbeiter, schreibt die Zeitung, die selbst durch Gefängnisstrafen und Schutzhaft nicht davon zu überzeugen sind, dass sie für Hitlers Krieg schufteten müssten. "Besonders hartnäckige Bummelanten, die auch durch Verhängung von Schutzhaft oder Gefängnisstrafe nicht zu bessern sind, werden einem Arbeitserziehungslager zugeführt... (- einem besonderen Konzentrationslager!-)... die Massnahmen im Arbeitserziehungslager haben noch in keinem Fall ihren Zweck verfehlt".

"Wenn eingewendet würde, dass durch eine solche Massnahme auch die Familienangehörigen der Bummelanten mitbetroffen werden, so kann nur betont werden, dass jedes falsche Mitleid und jede Nachsicht gegenüber solchen Elementen völlig fehl am Platze wäre".

Der "Bochumer Verein" trägt den Titel "Nationalsozialistischer Musterbetrieb"!

Nicht nur in diesem Nazi-"Musterbetrieb" haben die Bummelschichten in einer für die Industriellen erschreckenden Weise zugenommen. Hitlers Arbeitsminister sah sich genötigt, alle Unternehmer im Reich zu scharfem Vorgehen gegen die Bummelanten aufzufordern und die "Deutsche Allgemeine Zeitung" druckt das Strafgesetzbuch des Nazi-"Musterbetriebs" zu Nutz und Frommen aller Unternehmer im Reich ab, die mit den sabotierenden Bummelanten genau so wenig fertig werden wie die Industriellen im Ruhrgebiet.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 11.II.41.; "Reichsarbeitsblatt", 25.XI.40.)

Kinder dürfen misshandelt werden -
wenn ihre Eltern Polen sind

(ITF) Eine Verhandlung vor dem Landesgericht Böhmisches-Leipa gibt ein anschauliches Bild der Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter im

Hakenkreuz-Reich. Einem Bauern war ein polnisches Ehepaar zur Landarbeit zugewiesen worden. Der Bauer wollte die Polenfamilie loswerden, er forderte beim Arbeitsamt andere polnische Arbeiter an. Der Austausch ging ihm nicht rasch genug. Eines Tages läuft ihm das 4jährige Kind der polnischen Arbeiter über den Weg und in seiner Wut verprügelt der Bauer das wehrlose Kleine. Die Polen, denen erzählt worden war, dass in Deutschland Recht existiert, klagten. Das Amtsgericht Haida verurteilte den Bauern wegen Kindesmisshandlung zu 600 RM Geldstrafe. Der Bauer beschwerte sich darüber beim Landesgericht Böhmisches-Leipa und dessen Nazi-Richter sprachen ihn frei. Sie erklärten: Polen gelten nicht als "Hausgesinde", und da nur Misshandlung von Kindern des Hausgesindes als Erziehungsmisbrauch strafbar sei, konnte das kleine polnische Kind straflos misshandelt werden. Das Verfahren wurde aufgehoben.

(Für die Red.: "Der Neue Tag", Prag, 11.II.41.)

Italienische Arbeiter

"Gefangennehmen lassen..."

(ITF) Ein italienischer Eisenbahner berichtet: Fast täglich gehen von unserem Bahnhof Truppentransporte nach dem Süden. Frauen und Mütter stehen am Zug, winken und geben letzte Ratschläge. Gestern höre ich, wie eine junge Frau ihrem Mann sagt: "Also, nicht wahr, möglichst bald gefangennehmen lassen!" Heute hörte ich, wie eine Mutter ihrem Sohn den gleichen Rat gab. Hier haben wir alle vom Krieg mehr als genug.

Paradies in 20 Jahren

(ITF) Mussolini bezieht nicht nur Tanks und Gestapo aus Deutschland, sondern neuerdings auch Propagandaideen. Er versucht, die Propaganda, die Dr. Ley mit dem Nachkriegsparadies macht, nachzuahmen. Zwar verspricht er noch kein Volksauto im Kochtopf, aber wenigstens bessere Wohnungen - wenn auch nicht für alle.

Die Korporation für die Bauindustrie hat den Auftrag erhalten, einen derartigen Propagandaplan auszuarbeiten. Gehorsam tagte eine Konferenz und erklärte, es gäbe in Italien 4 Millionen "völlig überfüllte" Wohnungen ("sovraffolate") und 10 Millionen "überfüllte" ("affolate") Wohnungen. Mussolini habe den gigantischen Plan gefasst, zwar noch nicht die überfüllten, aber wenigstens die völlig überfüllten Wohnungen zu beseitigen. Zu diesem Zweck sei/-ein natürlich gigantischer - Plan aufgestellt worden, die völlig überfüllten Wohnungen auf das Niveau der überfüllten Wohnungen zu bringen und nach 20 Jahren werde es, falls nichts dazwischenkäme, in Italien nur noch überfüllte, aber keine völlig überfüllte Wohnungen mehr geben.

Man muss das in den Worten der "Tribuna" genießen: "Die Korporation hat eine Berechnung angestellt über die Anzahl der Räume, die erforderlich sind, um den Grad der völligen Ueberfüllung auf einen als normal zu betrachtenden Grad der Ueberfüllung, d.h. auf eine Höchstzahl von 2 Personen je Raum, herabzusetzen und hat die Gesamtzahl von 4 Millionen Räumen angegeben, wobei für die gänzliche Durchführung des diesbezüglichen konstruktiven Planes... ein Zeitraum von 20 Jahren vorgesehen ist."

(Für die Red.: "Tribuna", Rom, 17.I.41.)

Wie man in Italien

Preistreiberei "bekämpft"

(ITF) Kohlen waren in Italien in diesem Winter knapp. Man fror. Wer konnte, kaufte warme Wäsche und Kleidung. Da die Fabriken mit Rohstoffen haushalten müssen und daher nicht ausreichend liefern können, stiegen die Preise. Teuerungszulagen gab es nicht, die Käufer schimpften. Das Korporationsministerium beruhigte: es habe festgestellt, "dass für Kleidung und Schuhe Preise verlangt wurden, die bedeutend höher sind als nach dem Preisstop erlaubt sei. Das Korporationsministerium hat daher der Polizei befohlen, sehr genau aufzupassen".

Drei Tage später aber teilte das gleiche Ministerium mit, dass es, "um die Kontrolle zu erleichtern", erlaubt habe, dass die Preise für Kleidung und Wäsche um 29 bis 34% hinaufgesetzt werden dürfen.

(Für die Red.: "Stampa", 15.I.41. - In Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern betrug die Preiserhöhung 24-29%.)

In illegalen Kampfgruppen organisierte polnische Gewerkschafter und Sozialisten sandten unter anderm folgende

Berichte aus Polen

Branka - 17 Tote

(ITF) In Otwock (bei Warschau) forderten die deutschen Behörden Polen auf, sich freiwillig zur Arbeit in Deutschland zu melden. Nur wenige meldeten sich. Die deutschen Behörden organisierten darauf eine neue "Branka", eine neue Menschenjagd auf Zwangsarbeiter. Viele Polen versuchten zu fliehen. Die Sklavenjäger schossen. 17 Tote blieben.

Am Ostwall in Polen

(ITF) Längs der deutsch-russischen "Staatsinteressengrenze" werden dem "Westwall" ähnliche Befestigungen gebaut. Manches Material für diesen Ostwall, z.B. Schiesstürme, wurden von der Maginotlinie geholt und richten ihre Geschütze gegen den einstigen Verbündeten Frankreichs. In den härtesten Wintermonaten wurde die Arbeit fortgesetzt. Bei den Erdarbeiten werden einige Tausend Juden aus den jüdischen Zwangsarbeitslagern beschäftigt. Unterkunftsverhältnisse und Verpflegung sind ausserordentlich schlecht. Unter ähnlichen schweren Bedingungen arbeiten, von den Trupps jüdischer Zwangsarbeiter getrennt,

Polen, die bei Razzien in Warschau zur Zwangsarbeit zusammengetrieben wurden. Nach dem fieberhaften Tempo der Arbeiten zu urteilen, soll der Ostwall noch Ende 1941 fertig sein.

Mehrfach versuchten jüdische Zwangsarbeiter auf russisches Gebiet zu fliehen. Sie wurden zur Strafe für illegale Grenzüberschreitung auf einige Wochen in ein russisches Gefängnis gesperrt und dann - den deutschen Behörden übergeben.

Zwangsarbeiter für Hitlers Kriegsmaschine

(ITF) Es lohnt sich für die Nazidiktatur nicht mehr unbedingt, polnische Facharbeiter nach Deutschland zu transportieren, denn in vielen deutschen Bezirken gefährden die britischen Bomber die Kriegsproduktion. Polen liegt weit ab von den englischen Luftbasen, daher wird die Kriegsproduktion in den bombensichereren polnischen Betrieben ausgebaut. Gegen Sabotage suchen die deutschen Behörden sich durch Durcheinandermischen von reichsdeutschen, ukrainischen und polnischen Arbeiter zu helfen.

Die Eisenwerke in Schlesien, in Dabrowa-Becken und im "Zentralen Industriegebiet" arbeiten in drei Schichten für deutsche Kriegsaufträge. Werke, wie die in Stalowa Wola, die jetzt zum staatlichen deutschen Göring-Konzern gehören, wurden ausgebaut, viele Volksdeutsche und Ukrainer wurden neu eingestellt. Die Arbeiter stehen unter strenger Polizeiaufsicht, ständig wird ihnen mit schweren Strafen bei Sabotage gedroht. Die Löhne der polnischen Arbeiter wurden, trotz Teuerung, noch unter das Vorkriegsniveau gesenkt. Bis November 1940 wurden in den polnischen Flugzeugfabriken in Mielec und Rzeszow nur Unterteile hergestellt, seitdem aber werden in Mielec Flugzeuge vollständig montiert. In Mielec ging vor einigen Monaten eine Fabrikhalle mit sämtlichen Flugzeugen in Flammen auf. In Stalowa Wola wurden Arbeiter aus verschiedenen Betriebsabteilungen verhaftet und abtransportiert, an ihre Stelle wurden neue Arbeiter, hauptsächlich aus Schlesien, eingestellt.

In den Eisenwerken Ostrowiec Swietokrzyski werden Waggons für Deutschland gebaut. Als der 1000. Wagen fertiggestellt wurde, wurde eine Feier für die Arbeiter veranstaltet, mit Freibier und 3.500 Zigaretten. Belieb machen sich die deutschen Herren aber auch durch Freibier nicht. Vor einigen Monaten lag eine ganze Fabrikabteilung 32 Stunden still, weil unbekannte Täter Transmissionsgürtel vernichtet und wichtige Maschinenteile ausgeschraubt hätten. Am Jahrestag des Ueberfalls Polens wehte über der Fabrik die polnische Flagge. Weder die Gestapo noch die aus Ukrainern bestehende Werkwache haben die Täter ausfindig machen können.

Folterhöllen in Polen

(ITF) Im Konzentrationslager in Oswiecim werden zur Zeit 6-7.000 Polen gefangen gehalten, sie wohnen in ungeheizten Baracken. Je 2-3 Gefangene schlafen auf einem Strohsack. Als Bekleidung haben die Gefangenen nur einen gefütterten Drillichanzug, aber keine Leibwäsche. Sie tragen Holzschuhe; nur wenn ausnahmsweise keine Holzschuhe aufzutreiben sind, dürfen eigene Schuhe getragen werden.

Um 5 Uhr morgens wird geweckt, dann folgt Waschen - wer sich im Gedränge nicht waschen kann, wird verprügelt - und Turnen. Von 7 Uhr ab wird mit kurzer Unterbrechung für das Mittagessen - bis zum Dunkelwerden am Chausseebau gearbeitet, gleich bei welchem Wetter. Gefangene karren Steine im Normaltempo, zurück, mit dem leeren Karren, müssen sie laufen. Am Wege stehen Kriminelle und deutsche Wächter. Geht ein Pole zu langsam oder muss er haltmachen, so wird er mitleidlos geschlagen; schlägt der Kriminelle mit seinem Stock nicht stark genug, so wird er selbst geschlagen.

Bei jeder Gelegenheit wird geprügelt, für Zigarettenrauchen, für in dem Himmelschauen beim Turnen, für schlechtes Aussprechen der deutschen Ordnungsnummer beim Appell usw. Beim Schlagen wird bis 25 gezählt, aber so langsam, dass oft 100 Schläge gegeben werden. An manchen Tagen sterben Menschen beim Prügn. - Es ist üblich, dass ein Gefangener, der beim Appell seine Ordnungsnummer nicht in der richtigen deutschen Aussprache gerufen hat, so viel Schläge erhält wie es seiner Nummer entspricht.

Das Konzentrationslager hat eine eigene Feuerbestattungsstelle; während einiger Monate wurden Woche für Woche über 100 Tote verbrannt.

An einem Wintertag, es war sehr kalt, konnte einer der Gefangenen nicht zum Appell antreten; er lag besinnungslos auf dem Strohsack und starb kurz darauf. Für dieses "Pflichtversäumnis" wurden alle Gefangenen dieser Baracke bestraft. Sie mussten mehrere Stunden lang im Drillichanzug, barfuss, bewegungslos unter freiem Himmel stehen. 2 Drittel von ihnen sind an den Folgen dieser Quälerei gestorben. - Häufiger müssen Gefangene barfuss über einen Weg gehen, der mit Glasscherben bestreut ist, oder sie müssen mit

den Händen scharfkantigen Schutt sortieren. Es wird ihnen verboten, Hände und Füsse zu reinigen oder die Wunden zu pflegen. Die Folgen sind schwere Eiterungen und Blutvergiftungen.

Für die Toten werden neue Gefangene eingeliefert, sodass die Zahl der Unglücklichen sich nicht vermindert.

Im Skalbimierz und Golcza sind besondere Konzentrationslager für polnische Bauern errichtet worden, die sich weigern, die von den Deutschen vorgeschriebenen Getreidemengen und ihr Vieh abzuliefern. 2 Konzentrationslager befinden sich im Preise Plonsk. Etwa 7000 Polen werden im Konzentrationslager Dachau bei München gequält musammen mit deutschen Nazi-Gegnern.

Fisch für Norwegens Fischer (ITF) Die Zerstörung der Tranfabriken auf den Lofoten-Inseln durch Einheiten der britischen und norwegischen Flotte brachte den Norwegern endlich billigen Fisch. In Nordnorwegen wurden keine Fleischkarten ausgegeben, in einem Gebiet, in dem es so viel Fisch gabe, brauche man kein Fleisch, hiess es. Aber selbst auf den Lofoten, auf denen zuletzt täglich 2.000 to Fisch gelandet wurden, war Fisch knapp. Denn die deutschen Besatzungsbehörden hatten nicht nur angeordnet, dass ein grosser Teil des norwegischen Fischfangs nach Deutschland gehen muss, den grössten Teil des Lofoten-Fischfangs liessen sie in den dortigen Fabriken zu Fischöl verarbeiten. Nach der Zerstörung der Tranfabriken wurde der plötzlich unverwendbar gewordene Fisch zum Verkauf freigegeben. Die Kabeljaupreise sanken von 140 auf 60 Oere.

Arbeiterinnen durch Europa geschleppt (ITF) Das deutsche Grossfischerei- und Fischkonserven-Unternehmen "Nordsee" unterhält in Deutschland und, seit Sommer 1940, in Norwegen Fischkonserven-Fabriken. In deutschen Zeitungen lässt es Arbeiterinnen für die norwegischen Fabriken suchen, in norwegischen Zeitungen sucht das Unternehmen norwegische Arbeiterinnen für reichsdeutsche Fischkonserven-Fabriken.

(Für die Red.: zum Beispiel: "Kieler Neueste Nachrichten", 2.III. und Osloer "Aftonposten", 24.II.)

Dänische Gewerkschafts"freiheit" (ITF) Den finnischen und schwedischen Gewerkschaftern, die zum Skandinavischen Gewerkschaftskongress nach Kopenhagen fahren wollten, haben die deutschen Behörden im letzten Augenblick die Einreise verweigert (meldete der dänische Sender Kalundborg am 11. März 1940.)

Zwangspensionieren belgischer Beamter (ITF) Die deutsche Besatzungsbehörde hat (durch Dekret vom 1. März) alle Beamten der belgischen Staats-, Gemeinde- und Finanzverwaltung, die das 60 Lebensjahr erreicht haben, zwangspensioniert; sie müssen ihre Tätigkeit (am 30. März) einstellen. Künftig soll jeder Verwaltungsbeamte am Ende des Monats, in dem er 60 Jahre wird, ausscheiden. Die deutschen Militärbehörden erklären, dass sie nur in Ausnahmefällen ältere Beamte weiter arbeiten lassen werden.

Der von den deutschen Besatzungsbehörden kontrollierte Brüsseler Sender sagte, das Dekret sei notwendig gewesen, weil viele der älteren Beamten ihre politische Einstellung nicht geändert hätten und weil viele sich geweigert hätten, mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten. Menschen mit "neuen Ideen", d.h. Nazis, sollten zu Beamten ernannt werden. versucht,

In gleicher Weise haben die deutschen Behörden im "Protektorat" antifa-schistische tschechische Beamte aus der Verwaltung zu entfernen.

Kinder verschwinden (ITF) Die "Haagsche Post" berichtet: "In unseren Tageszeitungen erscheinen immer häufiger Berichte über das Verschwinden Minderjähriger, oft sind es noch Kinder. Es sind so viele Fälle, dass man diese Erscheinung als entsetzlich bezeichnen muss. Mit Unglücksfällen hat dieses Verschwinden nichts zu tun".

(Für die Red.: "Haagsche Post", 1.II.41.)

Zwischen Holland und Deutschland liegt Rotterdam (ITF) Holländische Frauen und Mädchen wollen mit deutschen Soldaten nicht tanzen. Ein holländisches Mädchen, das von einem deutschen Offizier gefragt wurde, weshalb sie nicht mit ihm tanzen wolle, antwortete kurz: "Zwischen Holland und Deutschland liegt Rotterdam". -

(Für die Red.: "Vrij Nederland", 8.III.41.)

Prachtbauten
keine Wohnungen

(ITF) Es fehlen in Deutschland 4,1 Millionen Wohnungen, der Wohnungsbau ist praktisch stillgelegt, aber an Parteipalästen und Prunkbauten wird weitergebaut. In Berlin hat Hitler 12 Gebäude ausländischer Gesandtschaften niederreißen lassen, weil er durch das bisherige Gesandtenviertel eine Paradedstrasse legen will. Auf Staatskosten erhielten die Gesandtschaften an anderer Stelle neue Gebäude. Der dänische Gesandte in Berlin hat jetzt ausgeplaudert, dass Hitler für diese Neubauten mindestens 35 Millionen Mark verschwendete.

Mit diesem Betrag hätten Tausende Arbeiter-Wohnungen gebaut werden können. Aber Hitler hätte dann seine Paradedstrasse verlegen müssen und Paradeplätze sind ihm wichtiger als Arbeiterwohnungen.

(Für die Red.: Radio Kalundborg, 15.II.41.)

Bankier berät die
Nazi-"Arbeiter"-Partei

(ITF) Manche jüngere Nazis glauben noch heute ernsthaft, dass die Hitler-Partei eine Art Sozialismus erstrebe. Sie haben sich damit abgefunden, dass die alte Nazi-Bonzengarde heute eng

mit dem Grossbesitz zusammenarbeitet. Sie haben mit Vergnügen festgestellt, dass Gottfried Feder, der Verfasser des Nazi-Parteiprogramms, ausgebootet wurde und sich jetzt damit beschäftigt, die thüringische Kleinstadt Apolda umzubauen. Aber sie hoffen, dass eines Tages, wenn die jüngere Generation zum Zuge käme, der Nazi-Sozialismus durchgeführt würde. Doch sie machen trübe Erfahrungen. Im Gau Südhannover-Braunschweig ist jetzt der bisherige Stabsleiter der Hitlerjugend, Lautenbacher, Partei-Gauleiter geworden. Er hat zum Wirtschaftsberater, das heisst zum Parteifunktionär, der in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik das entscheidende Wort zu sprechen hat, nicht einen Arbeiter ernannt, sondern den hannoverschen Bankier Maier.

Weitere Verschlechterung der
Krankenhilfe in Deutschland

(ITF) Schon lange vor Beginn des Raubkrieges der Nazis war die ärztliche Versorgung in Deutschland ausserordentlich schlecht. Die Nazis haben seit 1933 alle

len aktiv sozialistischen und allen jüdischen Aerzten das Recht zum Praktizieren entzogen und sehr viele Aerzte für das Sanitätswesen ihres Millionenheeres eingezogen. Anfang 1939 berichtete die "Deutsche Allgemeine Zeitung" bereits, dass die "nicht mehr normalen Verhältnisse entweder auch die stärkste Arbeitskraft eines gewissenhaften Arztes ruinieren oder die Patienten klagen über Massenbetrieb und nicht ausreichende, erfolglose Behandlung... oder der Versicherte verzichtet resigniert auf ärztliche Hilfe". Der Krieg hat den Aerztemangel weiter verschärft. Immer häufiger fordern Rundfunk und Presse die deutschen Arbeiter auf, möglichst überhaupt nicht zum Arzt zu gehen. Viele Kranke folgen diesem Rat, weil sie keine Lust haben, stundenlang in überfüllten Sprechzimmern zu warten, um dann vom übermüdeten Arzt flüchtig und unzureichend behandelt zu werden. Sie bitten statt dessen die Aerzte um Hausbesuch. Aerzte erklären jetzt, dass sie durch die vielen Hausbesuche über ihre Kraft beansprucht sind. Das Wochenblatt der Gestapo, das sich eingehend mit dieser Entwicklung befasst, empfiehlt zur Abhilfe energischere Verwirklichung der Nazi-"Volksgemeinschaft" am Krankenbett. Es fordert scharfe Massnahmen gegen Kranke. Es beschimpft kranke Arbeiter als "eingebildete Kranke" und "spekulierende Arbeitsdrückeberger" und schlägt vor, dass jeder Patient den Arztbesuch aus eigener Tasche bezahlen muss, wenn der Arzt feststellt, dass der Kranke, der ihn rufen liess, zur Sprechstunde kriechen konnte.

Das wäre eine Patentlösung. Denn da Arbeiter derartige Rechnungen nicht bezahlen könnten, müssten sie möglichst vermeiden, Aerzte zum Hausbesuch zu bitten. Die Aerzte hätten dann Zeit für zahlungsfähige Privatpatienten und Nazibonzen.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 4.V.40.; "Schwarzes Korps", 9.I.41.)

Richtigstellung

Auf Seite 49 dieser Ausgabe muss in der 9. Zeite des 2. Berichtes heissen: "... erklärte, es wohnen in Italien 4 Millionen in... und 10 Millionen in..."